Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 17,550.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 36. Montag den 5. Februar 1883. 77. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Die Ausführung der an Privatgrundstücken anzulegenden Beis-, Fallrohr- und Nebenschleusen soll auf die Dauer der Jahre 1883 und 1884 an einen oder mehrere Unternehmer in Accord vergeben werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, 2. Etage, Zimmer Nr. 14 aus und können von da entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:

„Herstellung von Privatschleußen in den Jahren 1883/84"

versehen ebendaselbst und zwar bis zum 15. Februar cr. Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Leipzig, am 30. Januar 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Eichorius.

Bekanntmachung.

Die Herstellung und Lieferung von 140 Stück gußeisernen Schleußendeckeln mit Gehäusen als Bedarf für das Jahr 1883 soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:

„Schleußendeckel für das Jahr 1883"

versehen ebendaselbst und zwar bis zum 15. Februar dieses Jahres Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Leipzig, am 30. Januar 1883.

Des Raths der Stadt Leipzig
Straßenbau-Deputation.

Holzauction.

Mittwoch, den 14. Februar c. sollen von Vormittags 9 Uhr an im **Forstreviere Connewitz** auf dem Mittelwaldschlage in Abth. 32, 33, und 36.

ca. 10 Mmtr. Eichen-**Nutzscheite** und
„ 350 „ „ **Brennscheite**

unter den im Termine öffentlich aushängenden Bedingungen und gegen die übliche Anzahlung an Ort und Stelle meistbietend verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem Holzschlage in der Connewitzer Linie.

Leipzig, den 2. Februar 1883.

Des Raths Forst-Deputation.

Nutzholz-Auction.

Freitag, den 16. Februar c. sollen von Vormittags 9 Uhr an im **Forstreviere Connewitz** auf dem Mittelwaldschlage in Abth. 32, 33 u. 36

ca. 140 starke Eichen-, 45 Weißbuchen-, 93 Rüstern-, 4 Ahorn-, 3 Linden-, 4 Apfelbaum- und 60 Eller-**Nutzklötze,**

sowie

ca. 150 Eichen-, Eschen- und Rüstern-**Schirrhölzer**

unter den im Termine öffentlich ausgehangenen Bedingungen und der üblichen Anzahlung an Ort und Stelle nach dem Meistgebote verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem Holzschlage in der Connewitzer Linie.

Leipzig, am 2. Februar 1883.

Des Raths Forst-Deputation.

Bekanntmachung.

Um rechtzeitig und in zweckmäßiger Weise die Vorbereitungen zu der im laufenden Jahre auszuführenden **Erweiterung der Stadt-Fernsprecheinrichtung für Leipzig und Vororte** treffen zu können, ist es nothwendig, die Zahl der auszuführenden Anschlüsse an das Vermittelungsamt sowie die Lage der anzuschließenden Gebäude im Voraus zu kennen. Diejenigen Personen, denen daran gelegen ist, im laufenden Jahre den Anschluß an die hiesige Stadt-Fernsprecheinrichtung zu erlangen, wollen daher ihre Anmeldungen **recht bald** einsenden. Anschlüsse, welche zum Frühjahr gewünscht werden, sind **spätestens bis zum 1. März** anzumelden.

Leipzig, 29. Januar 1883.

Der kaiserliche Ober-Postdirector.
Walter.

Holz-Auction.

Im **Universitätswalde** bei Liebertwolkwitz sollen **Mittwoch, den 7. Februar 1883, von Vormittags 10 Uhr an**
226 Raummeter kieferne Rollen und
87,50 Wellenhundert kieferne Reißbunde
gegen Erlegung der geordneten Anzahlungen sofort nach dem Zuschlage und unter den sonst bekannt zu machenden Bedingungen meistbietend verkauft werden.

Versammlung: auf dem Kahlschlage zwischen dem Butter- und dem langen Wege.

Leipzig, am 27. Januar 1883.

Universitäts-Rentamt.
Graf.

Realschule II. Ordnung
(Nordstraße 21).

Mittwoch, den 7. Februar, früh 8 Uhr **Aufnahmeprüfung.**
Papier und Feder sind mitzubringen. Dr. Pfalz.

Israelitische Religionsschule.

Anmeldungen neuer Schüler und Schülerinnen für das Ostern beginnende neue Schuljahr werden **nur am 5. und 6. Februar,** Nachmittags von 3 bis 5 Uhr im Kanzleilocale der Synagoge, Centralstraße 15, 1 Treppe, entgegengenommen. Spätere Anmeldungen können nicht berücksichtigt werden.

Leipzig, am 2. Februar 1883.

Der Director.
Dr. A. M. Goldschmidt.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 5. Februar 1883.

* Aus Berlin wird uns vom Sonnabend geschrieben: „Der Präsident des preußischen Abgeordnetenhauses, Herr v. Köller, ist heute telegraphisch an das Krankenbett seines hochbejahrten Vaters gerufen worden und sofort abgereist. Er hat für alle Fälle die Geschäfte an Herrn v. Heereman abgetreten, hofft jedoch bis zum 6., wo das Abgeordnetenhaus, Plenarsitzung hält, wieder zurückgekehrt zu sein." — Se. Majestät der Kaiser befindet sich heute wieder wohler!

* Die „Nat.-Zeitg." meldet: In dem Befinden des Fürsten Bismarck konnte, wie man uns berichtet, eine leichte Besserung constatirt werden, indessen ist Fürst Bismarck fortwährend genöthigt, sich liegend zu verhalten und ist die Dauer der Indisposition noch nicht zu übersehen.

* Die zweite Etatsberathung im Reichstag hat sich, namentlich durch den von dem Militair- und dem Postetat beanspruchten breiten Raum, mehr in die Länge gezogen, als man anfänglich hoffen durfte. Man glaubt jetzt, die Vertagung erst am 16. oder 17. Februar eintreten lassen zu können, zumal in dieser Woche wieder ein oder zwei Tage an das Abgeordnetenhaus abgetreten werden müssen.

* In ihrer am Sonnabend stattgefundenen Sitzung hat die socialpolitische Commission des Reichstags den von den Innungscassen handelnden §. 67 des Krankencassengesetzes angenommen. Der Antrag des Abg. Eberty, unter die auf die Innungscassen für anwendbar erklärten Vorschriften die §§. 13, 14a und 15 Abs. 1 und 2 aufzunehmen, wurde abgelehnt, ebenso ein Antrag des Abg. Hirsch, nach welchem auch auf §. 43 verwiesen werden sollte. Dagegen wurde auf Antrag des Abg. Hirsch §. 15 Abs. 3 und auf Antrag des Abg. Buhl §. 62a für anwendbar erklärt. Durch letztere Verweisung wird festgestellt, daß die Beiträge, welche die bei Innungscassen versicherten Gesellen und Lehrlinge zu leisten haben, 3 Proc. des durchschnittlichen Tagelohns nicht übersteigen dürfen. Zu dem von den Knappschaftscassen handelnden §. 68 wurde ein Antrag der Abgg. von Kulmiz, Ebert, Graf Dönhoff und Pfähler angenommen, nach welchem die statutenmäßigen Leistungen der Knappschaftscassen erst bis zum Ablauf des Jahres 1886 auf den im Krankenversicherungsgesetze vorgesehenen Betrag erhöht werden müssen. Ein Antrag des Abg. Hirsch, nach welchem der Herr Reichskanzler aufgefordert werden sollte, dahin zu wirken, dem Reichstage eine Vorlage zu machen, welche die Verhältnisse der Knappschaftscassen in Gemäßheit des Gesetzes, betr. die Krankenversicherung der Arbeiter, regelt, wurde abgelehnt. Jedoch wurde vorbehalten, bei der redactionellen Lesung auf den Antrag in einer anderen Fassung zurückzukommen.

* Kurze Zeit darauf, nachdem der Deutsche Schulverein in Wien entstanden war und eine überaus gesegnete Thätigkeit zu Gunsten der in ihrer Nationalität bedrohten deutschen Gemeinden Cisleithaniens entwickelt hatte, bildete sich auch ein czechischer Schulverein in Prag. Im Jahre 1882 sind zwar diesem Verein der Czechen nur 10,365 Mitglieder beigetreten, aber dieselben haben die erstaunlich hohe Summe von 207,868 fl. aufgebracht. 72,000 fl. sind bereits verausgabt worden, um in sehr vielen Orten des deutschen Sprachgebiets in Böhmen, Mähren und Oesterr.-Schlesien czechische Schulen und Kindergärten zu errichten. Die Opferwilligkeit der Czechen muß eine geradezu glänzende genannt werden, zumal wenn man die Einnahmen des „Allgemeinen deutschen Schulvereines" in Berlin dagegen hält, die bekanntlich im Vorjahre kaum mehr als 25,000 ℳ betrugen. Hoffentlich verzehnfacht sich in diesem Jahre die Zahl der Schulvereinsmitglieder im deutschen Reiche! Namentlich ist dringend zu wünschen, daß dem Deutschen Schulverein größere Summen überwiesen werden, als es bisher geschehen ist.

* Die Ernennung des unter der Anklage des Wortbruchs stehenden Generals Thibaudin zum Kriegsminister ist der „neueste Skandal" in der französischen Hauptstadt. Mag es immerhin zutreffend sein, daß der General während seiner Gefangenschaft keinen Revers unterzeichnete, wodurch er sich verpflichtete, nicht zu entfliehen oder gar noch während des Feldzuges Dienste zu leisten, so steht doch thatsächlich fest, daß der General sich in Deutschland nicht hätte frei bewegen dürfen, wenn er zuvor die ehrenwörtliche Versicherung verweigert hätte. Am allerwenigsten wäre sein Gesuch genehmigt worden, sich in Frankreich pflegen zu lassen, wenn nicht eben die selbstverständliche Voraussetzung obgewaltet hätte, daß Thibaudin unter keinen Umständen nochmals ein Commando übernehmen würde. Ueber die näheren Umstände, unter denen der General dann sein Wort gebrochen hat, berichtete er selbst dem Gewährsmann des „Voltaire":

„Ich zog mich in meine Heimath Chateau-Chinon in der Nièvre zurück. Eine Ulanenpatrouille kommt vorbei, mein Patriotismus geräth in Wallung; ich suche eine Nationalgarde zu organisiren, aber alle rüstige Mannschaft war von dem General Louis Dutemple weggenommen worden. Ich suche den beschäftigenden General auf; er schickt mich zu Gambetta. Der große Patriot, welcher die Seele der Nationalvertheidigung war, betraut mich mit dem Commando einer Brigade Thibaudin-Compagny. Sie sehen, ich behielt meinen Namen und Compagny war meiner Mutter entlehnt. Außerdem nahm ich nur unter der Bedingung an, daß ich für meine Dienste weder durch das Ehrenkreuz noch eine Beförderung belohnt werden sollte, denn ich wollte jedem Conflict aus dem Wege gehen. Unter diesen Verhältnissen machte ich den Loire-Feldzug in der Richtung nach Osten mit, wurde zum Divisionsgeneral ernannt und abermals vor Chateau Montbeliard, wo meine Truppen ihr letztes Pulver verschossen, verwundet."

Dieser Bericht weist zahlreiche dunkle Puncte auf. Weshalb ließ der General seinem Namen einen ihm nicht zukommenden hinzufügen, wenn er nicht die Spuren seiner That verwischen wollte? Weshalb verzichtete er auf „Ehrenkreuz und Beförderung", wenn er sich nicht eben bewußt gewesen wäre, illoyal zu handeln? Es muß es denn der französischen Regierung überlassen bleiben, die Stellung ihres Mitgliedes gegenüber der Armee und dem Lande zu „regeln." Für die militairische Disciplin in Frankreich wird es kaum sehr ersprießlich sein, wenn der Chef gerade mit einem so wenig nachahmenswerthen Beispiele vorangegangen ist.

* Earl Granville's Circularnote in der egyptischen Angelegenheit ist von den Mächten, mit Ausnahme natürlich Frankreichs, principiell gebilligt worden. Da Lord Granville sich in dieser seiner Kundgebung auf die Entwickelung allgemeiner Gesichtspuncte beschränkte und sein Thema in einer Weise behandelte, welche erkennen ließ, daß es dem englischen Cabinet auf eine genaue Beantwortung der Note zunächst weniger ankomme, so hatten die continentalen Mächte denn auch keinerlei Anlaß, ihre Stellungnahme zu der egyptischen Politik Großbritanniens zu forciren, und wenn jetzt versichert wird, daß man in Berlin, Wien, Petersburg und Rom ziemlich gleiche Anschauungen über die Granville'sche Note bekundet, so folgt daraus nur, daß man nach wie vor in der gemeinsamen Geltendmachung der europäischen Interessen das sicherste Mittel erblickt, eine Confiscation Egyptens als britische Kriegsbeute hintanzuhalten. Nach wie vor bleibt es England überlassen, den Zeitpunct, da es mit seinem definitiven Programm hervortritt, seinen speciellen Interessen gemäß anzuberaumen; allein Europa behält sich das Recht vor, bei der endgiltigen Beschlußfassung über die Zukunft Egyptens gehört und respectirt zu werden.

* Heute gilt es schon als ziemlich gewiß, daß Rumänien mit beschließender Stimme zu den Verhandlungen der Donauconferenz zugelassen werden wird. Als Vertreter des Königreichs hört man den Fürsten Ghika nennen.

* Serbien und Bulgarien anlangend, so dürfte ihre Zulassung zu den Conferenzverhandlungen zu lebhaften Debatten Stoff geben. Man nimmt an, daß Serbien eine berathende Stimme erhalten werde; indeß Bulgarien auf Einholung der Zustimmung der Pforte als zugeröne Macht verwiesen wird. In diesem Falle darf man sich in Bulgarien keinen Illusionen hingeben, denn die Einwilligung der Pforte, daß der Vasallenstaat auf der Donauconferenz irgend eine Rolle spiele, erscheint von vornherein als ausgeschlossen.

Reichstag.

45. Sitzung vom 3. Februar.

Am Tische des Bundesraths: Schelz, Stephan, v. Scheffing.

Präsident v. Levetzow eröffnet die Sitzung um 12½ Uhr.

Für die Ueberschwemmten am Rhein sind wiederum eingegangen: durch Vermittelung des amerikanischen Generalconsuls in Frankfurt a/M. 3000 ℳ, aus dem Staate Ohio 12,000 ℳ, aus Staaten-Island 6000 ℳ. Da es sich herausgestellt hat, daß der bisherige Vertheilungsgrundsatz gewisser Modificationen bedarf, so wird der Präsident mit den Abgeordneten der betreffenden Wahlkreise sich über einen neuen Modus verständigen.

Die Etatsberathung wird fortgesetzt, und zwar Ausgaben des Postetats.

Abg. Baumbach beantragt:

den Titel 48 des Postetats:

„Für Beförderung der Posten, sowie für Anlagen im Interesse des Postbeförderungsdienstes; ferner vertragsmäßiger Zuschuß an den Zürichsee, sowie zu außerordentlichen Unterstützungen behufs Aufrechterhaltung des Postfuhrwesens 14,000,000 ℳ";

sowie den Titel 53:

„Tagegelder und Fuhrkosten, Vergütungen auf Umzugskosten und zu Wiederherstellungen bei Versetzungen der Beamten; zu Amtsbedürfnissen (Schreib- und Packbedürfnisse, Feuerung, Beleuchtung, Geräthschaften, Heften der Akten u. s. w.); für Anschaffung und Unterhaltung der Haupt-Ausstattungsgegenstände und der Amtsbibliothek; für Drucksachen; Miethe für Geschäftsräume, sowie Gerichts-, Notariats-, Stempel-, Einrichtungs-, Kurier-, Etaletten- und Portokosten und Telegrammgebühren 11,980,000 ℳ"

Kühnlichin nach Gegenständen und Summen zu specialisiren.

Abg. v. Kardorff weist darauf hin, daß die Principien für die Aufstellung des Etats der Postverwaltung erst vor wenigen Jahren von einer Commission nach eingehenden Erwägungen festgestellt worden seien, es daher nicht rathlich erscheine, jetzt wieder von den erprobten Grundsätzen abzugehen.

Abg. Schrader: Wir verlangen nicht gerade eine genaue Specialisirung, sondern eine solche Ausführlichkeit, wie wir sie in allen anderen Verwaltungszweigen finden. Wir haben die beiden Titel 48 und 53 herausgegriffen, weil sie die größten Summen enthalten. Wir sind hier darauf angewiesen, mit sehr wenig Worten Etatspositionen von vielen Millionen erläutert zu sehen. Unsere Vorstände wollen der Postverwaltung in eindringlicher Weise den Wunsch ans Herz legen, daß sie etwas genauere Aufklärungen giebt entweder in Form einer Specialisirung oder ausführlicher Erläuterungen.

Die Abstimmung über den Antrag Baumbach wird wiederum bis auf die dritte Lesung vorbehalten, der Titel 48 dem Antrage der Budgetcommission gemäß von 14,000,000 ℳ auf 13,650,000 ℳ herabgesetzt.

Bei Tit. 56: zur baulichen Unterhaltung der Gebäude sowie zu kleineren baulichen Veränderungen 580,000 ℳ weist

Abg. Stoll (Greifswald, Fortschritt) die gegen die Bauverwaltung namentlich vom Abg. Reichensperger in den letzten Sitzungen erhobenen Beschwerden und Vorwürfe als gänzlich unbegründet zurück. Dieselben reduzirten sich auf nichts, und seien erhoben worden, bevor man sich überzeugt habe, ob sie einen thatsächlichen Untergrund hätten. Man solle doch nicht alle Baubeamten in Aufregung versetzen, sondern erst die Resultate der in den betreffenden Fällen angestellten Untersuchungen abwarten. Kein preußischer Baubeamter habe eine solche Untersuchung zu scheuen. (Der Präsident fordert den Redner auf, sich nicht zu weit von den Berathungsgegenstande zu entfernen.) Redner erklärt, er meine gerade die Postbaubeamten und bittet, sie gerechter beurtheilen zu wollen.

Persönlich bemerkt Abg. Reichensperger (Crefeld), es werde ihm vorgeworfen, daß er verurtheile, bevor untersucht sei, aber er habe doch gerade die Untersuchung der von ihm gerügten Fälle beantragt.

Der Titel wird bewilligt.

Bei Tit. 59 „Vergütung an auswärtige Post- und Telegraphenbehörden 2c. 4,440,000 ℳ" stellt

Abg. Sonnemann die Anfrage, wie groß die Einnahmen aus den dringlichen Telegrammen seien, und ob es sich nicht im Interesse des Verkehrs empfehle, auf dem Kopfe des Telegramms die Wortzahl zu vermerken. (Der Präsident macht den Redner darauf aufmerksam, daß diese Anfrage nicht bei den Ausgaben, sondern bei den Einnahmen hätte vorgebracht werden müssen.) „Nun, die Ausgaben werden doch aus den Einnahmen gedeckt", (Heiterkeit.)

Geh. Oberpostrath Wießner antwortet, daß jährlich etwa 130,000 dringliche Telegramme befördert würden, die etwa 2½ Millionen Mark einbrächten. Die Wortzahl würde nicht mehr auf den Telegrammen angegeben, weil man den Betrieb erleichtern und beschleunigen wollte. Uebrigens sei die Durchschnittszahl der Worte nur eine geringe und 52 Procent sämmtlicher Telegramme enthielten nicht mehr als 10 Worte, so daß ein Nachzählen der Worte, wenn es vorgenommen würde, nicht beschwerlich sei.

Auch dieser Titel, wie alle folgenden der dauernden und Titel 1—16 der einmaligen Ausgaben werden genehmigt. Bei Tit. 17, „zur Herstellung eines neuen Dienstgebäudes in Cöthen, erste Rate 80,000 ℳ", beantragt die Commission von der geforderten Summe 20,000 ℳ abzusetzen, mithin nur 60,000 ℳ zu bewilligen.

Der Referent der Commission, Abg. Frege, theilt mit, daß der Commission eine Uebersicht über die Post- und Telegraphenbauten vorgelegt sei, und daß diese Denkschrift detaillirte Zahlenangaben enthalte, die er auf Wunsch mittheilen könne.

Abg. Dr. Möller: Das Postmuseum wird sich in letzter Zeit um eine große Reihe von Modellen prächtiger Gebäude bereichert haben. Im Allgemeinen lasse ich es mir gefallen, wenn man ein Museum, eine Kunstakademie künstlerisch ausschmückt. Die Postverwaltung geht nun von der Anschauung aus, daß auch sie künstlerische Bestrebungen zu pflegen hat. Allein gegenwärtig, wo wir alle Jahre und gegen neue Steuern zu wehren haben, müssen wir hier zur äußersten Sparsamkeit greifen. Ich erkenne an, daß, seitdem die sämmtlichen Bauprojecte von der Centralverwaltung revidirt werden, manches zur Vereinfachung und zum Wegfall unnützen Bauwerks geschehen ist. Aber es geschieht noch nicht genug. Es könnte Manches herabgesetzt werden, ohne daß die Gebäude ihr stattliches Aussehen verlieren. Da nun gewisse allgemeine Gesichtspuncte angegeben werden müssen, durch deren Berücksichtigung das erreicht werden kann, so erlaube ich mir Ihnen jetzt schon eine Resolution zur Kenntniß zu bringen, welche anstrebt, an Postgebäuden den Luxus der Façadenausschmückung möglichst zu vermeiden, die Höhe der Stockwerke herabzusetzen, die Zahl der Dienstwohnungen zu beschränken, die Gepäckräume in einen Anbau oder Nebengebäude zu verlegen. Die Einbringung dieser Resolution kann erst in dritter Lesung geschehen, aber ich habe geglaubt, dieselbe schon jetzt dem Reichstage empfehlen zu sollen.

Abg. Reichensperger (Crefeld): Im Allgemeinen wird man dem Urtheile beipflichten, daß die Gebäude einfach, aber würdig sein sollen. Da kommt es darauf an, zu entscheiden, was Luxus ist. Luxus sind Façaden, die mit dem Werke und dem Zwecke eines Gebäudes in keinerlei Beziehung stehen. In diesen Façaden geht man allerdings etwas zu weit, indem man überflüssige Vasen 2c. anbringt. Daher kommt es, daß die Postbehörde in den Geruch gekommen ist, Luxus zu treiben. Ganz besonders aber hüte man sich davor, wenn auf die Dächer Aufsätze gemacht werden, z. B. Kuppeln mit Figuren — mit nackten natürlich (Heiterkeit) — die dort gar nicht hinpassen. (Redner zeigt zur Heiterkeit des Hauses eine Photographie eines solchen Aufsatzes herum.) Luxus sind auch die vielen Balkonbauten, die man auf die Dächer setzt. Diese Andeutungen mögen vorläufig genügen. Doch möge der Herr Staatssecretair nie vergessen, daß er Chef der deutschen Postverwaltung ist und deshalb auch die nationalen Baustile etwas berücksichtigen, womöglich der Eigenthümlichkeit einer jeden Stadt die Bauformen anbequemen. Der rein germanische Baustil ist geforderte an der Herübernahme der wälschen Zierereien, deshalb soll man auf seine einfachen constructiven Principien, wie sie im 13. und 14. Jahrhundert zum Ausdruck kamen, zurückgehen. Die germanische Rasse ist allein berechtigt, diesen Stil für sich in Anspruch zu nehmen, nicht aber hat sie ihn von den Franzosen übernommen, wie man fälschlich behauptet. — Redner führt zur Exemplificirung des jetzt beabsichtigten Stiles das Postgebäude in Koblenz an, auf dessen Dache sich zwei „Bowlauterieren" befänden (Heiterkeit). Man solle endlich das platte Dach aufgeben und zum alten Giebel zurückkehren, zumal sich in diesem noch Zimmer für Dienstboten 2c. einrichten ließen. Ferner müsse man dafür sorgen, daß die Dienstwohnungen nicht zu geräumig und großartig werden. — Was den Bau für Cöthen anbelangt, so werde er sich dem Antrage der Commission anschließen.

Staatssecretair Stephan: Die Ausführungen des Herrn Vorredners sind für mich immer eine grüne und quellenreiche Oase in der Wüste der Verhandlungen (Heiterkeit), weil sie getragen sind von einer starken Begeisterung und von sittlichem Ernst. Es ist ja die Baukunst eine vielseitige Kunst, ein Gemeingut der ganzen Nation (Sehr richtig!) und in manchen Laien steckt vielleicht ein sehr tüchtiger Architekt. Ich habe im Laufe der Zeit viel von dem Herrn Reichensperger gelernt und erinnere mich mit Freude an die Zeit, wo er vor 15 Jahren gegen den damals üblichen Kalkmörtel auftrat, ich erinnere Sie an das Telegraphengebäude in der Französischen Straße. Es kann sich hier nur darum handeln, ob ein Gebäude nothwendig ist, und in welchem Maße es zu bauen ist. Was die Nothwendigkeit betrifft, so sind in vergangen Jahren 28 Millionen Mark verbaut worden, also jährlich 2 Millionen Mark. Was will das für eine so bedeutende Verwaltung sagen? Die Bauten gehen nicht von der Initiative der Centralverwaltung aus, sondern die Sache dringt von unten an und heraus. Nun möchte ich daran erinnern, daß in dem preußischen Landtage der früheren preußischen Postverwaltung überhaupt nur eine jährliche Bausumme von 70,000 Thlrn. bewilligt wurde, und daß deshalb eine große Reihe der nothwendigen Bauten zurückgestellt werden mußte. Dazu kamen die Gebietserweiterungen der Jahre 1864, 1866, 1870, die Ausdehnung des Eisenbahnnetzes und der ungeheure Aufschwung des Post- und des Telegraphenwesens. So gab es im Jahre 1876 7000 Postanstalten mit einem Personal von 40,000 Mann, während 1882 bereits 10,700 Postanstalten mit 67,000 Beamten vorhanden sind. Aber wir sind muthig an unsere Aufgabe herangetreten, ohne auf Dank und Anerkennung zu rechnen, denn daß derselbe ausbleibt, die Erfahrung macht man ja oft im Leben. (Heiterkeit.) Die Verwaltung strebt danach, in allen Orten von 10,000 Einwohnern an eigene Gebäude zu errichten, und nur an 71 Orten ist das noch nicht durchgeführt. — Ich komme jetzt zum Stil. Ich übernehme die volle Verantwortlichkeit für Alles, was auf diesem Gebiete geschehe. Die Bauverwaltung hat mir genau das anzuführen, was wir ihr anweisen, jede Detaillirung wird mir persönlich vorgelegt und sogar die Proben des Baumaterials werden von der Centralbehörde geprüft. Es ist nun in den Bestimmungen über die Postbauten ausdrücklich gesagt, daß jede über das äußerliche Bedürfniß hinausgehende Fülle von Zierrathen vermieden werden soll. Das deckt sich also ganz mit der Forderung des Abg. Reichensperger. Wir haben nur das Princip, daß die Bauten des Reiches würdig sind, daß sie hinter den Privatbauten nicht zurückstehen. Das zweite Princip ist der Anschluß an den Stil der Städte. Normalische Bauten finden sich in Rostock, Thorn, Graudenz, Danzig, Bremen, Münster, Hildesheim, Erfurt. Warum hat Herr Reichensperger diesen Stil gar nicht erwähnt, denn wenn er auch auf antik-römischer Basis ruht, so ist er doch durch den germanischen Geist wesentlich beeinflußt worden. Wenn wir Alles nach einem Stile bauten, dann wäre das unbeutsch, das würde zur Schablone führen. Man hat nun die Decoration bemängelt, aber „der eine ist's der andere versteht's". (Heiterkeit.) Die Postgebäude stehen doch meist an den besten Plätzen, umgeben von den schönsten Gebäuden. Und sehen Sie nur die Postanstalten im Auslande an, in Dublin, Rotterdam, Florenz, Rom, Melbourne und New-York! Auch werden die Postgebäude von vielen Millionen Menschen besucht, denn täglich verkehren an den Postschaltern der Großstädte 1,200,000 Menschen, worunter doch auch sehr viele Fremde sich befinden. — Die Beschaffung guter Räume ist nur ein Grund, weshalb die Gebäude so verhältnißmäßig theuer erscheinen. Es kommt hinzu, daß nur das möglichst beste Material verwandt wird. Indeß „wer theuer baut, der baut billig". — Ich habe zum Schluß noch eine Erwiderung auf die persönlichen Aeußerungen des Abgeordneten Prinz Carolath zu geben. Er hat gesagt, es sei schon vor einer Reihe von Jahren ein langsameres Tempo bei den Bauten versprochen worden. Von einem solchen Versprechen ist mir nichts bewußt, ich habe nur vor zwei Jahren gesagt, daß wir mit den großen Bauten, welche aus Anleihen bestritten werden, bald fertig sein werden. Sodann hat der Herr Abgeordnete gesagt, man solle die Postbauten in entlegenen Stadttheilen unterbringen. Ich möchte wohl hören, was das deutsche Reich zu einer solchen Anschauung sagte. Gerade um dem Nationalwohle nicht einen großen Schaden zuzufügen, muß man das entgegengesetzte Princip verfolgen. Sein Vorwurf des Luxus hat den Reiz der Neuheit grade nicht und bezieht nur auf einer Verwechselung von Luxus und Stil. Er hat auch den Geschmack an den Postbauten Hörn vermißt, während der doch allgemein anerkannt wird. — Endlich noch eine Bemerkung. Die Postverwaltung ist die einzige große Civilverwaltung im Rahmen des Reichs, und weil sie nicht Gelegenheit ist, ihre Gebäude mit denen einer anderen Civilverwaltung zu vergleichen, ist sie in den Ruf gekommen, sie treibe Luxus. Ich würde erfreut sein, wenn durch das, was ich gesagt habe, einigermaßen die Anschauungen hier mit der Wirklichkeit in Einklang gebracht sind, auf der andern Seite dürfen Sie überzeugt sein, daß die Verwaltung die gegebenen Andeutungen in Erwägung ziehen wird.

Abg. Stoll tritt den Ausführungen Reichenspergers nochmals entgegen. Im Allgemeinen seien die neueren Postbauten durchweg schön, praktisch und handwerkmäßig ausgeführt und es sei nur zu wünschen, daß an den bisher befolgten Principien von der Postbauverwaltung festgehalten werde.

Abg. Münch (Wiesbaden, Fortschritt) bedauert seinen Fractionsgenossen entgegentreten zu müssen und behauptet, daß die neueren